



Christian Prosl

Dr., geb. 1946 in Eisenstadt. Studium Jus und Französisch an der Universität Wien, 1969 Dr. iuris. Nach dem Militärdienst 1970 Übersetzerdiplom (Französisch), anschließend Postgraduate-Studium am Institut für Höhere Studien in Genf. 1973-1977 Entwicklungsprogramm der UNO. 1977 Eintritt in das BM für auswärtige Angelegenheiten, folgende Etappen: 1. Botschaftssekretär an der Österreichischen Botschaft London, Geschäftsträger-Stv. des Missionschefs an der Botschaft in Washington, Leiter der Koordinationsstelle des Generalsekretariates im BMAA, Generalkonsul in Los Angeles, Leiter der Abteilung West- und Nordeuropa in BMAA, Leiter der Sektion Rechts- und Konsularangelegenheiten, stv. Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten. 2003 Botschafter in Berlin, 2009 Botschafter in Washington. Gastvortragender in der Diplomatischen Akademie und anderen Institutionen.

Kontakt

Dr. Christian Prosl
Botschafter der Republik Österreich
3524 International Court N.W.,
Washington D.C. 20008
USA
E-Mail: Christian.Prosl@bmeia.gv.at

Christian Prosl

Europa und die USA – eine Bestandsaufnahme

China besitzt rund 900 Mrd. \$ an US-Schatzscheinen, die USA entdecken in Indien eine alte Liebe neu, und dennoch gibt es keine Region der Erde, die den USA wirtschaftlich, politisch und kulturell näher steht als Europa.

Die USA und Europa sind einander die wichtigsten Auslandsmärkte, ihre Wirtschaften sind unvergleichlich integrierter als die ihrer Konkurrenten. Der transatlantische Wirtschaftsraum erzielte 2009 einen Umsatz von etwa 4,28 Billionen \$¹. Auf beiden Seiten des Atlantiks arbeiten 14 Millionen Menschen auf wechselseitig geschaffenen Arbeitsplätzen. Noch wichtiger als der Handel sind jedoch die Investitionen: 61,7% der weltweiten ausländischen Investitionen (Foreign Direct Investment – FDI) befinden sich in den USA und in Europa. Die Auslands-Investitionen der beiden Regionen stellen drei Viertel (!) der weltweiten Auslands-Investitionen dar. Im Jahre 2008 betragen die europäischen Investitionen in den USA 2,3 Billionen \$, d.h. 71% der gesamten ausländischen Investitionen in den USA. Die amerikanischen Investitionen in Europa waren 2008 vier Mal so groß wie die US-Investitionen in Asien. Europa bleibt für die US-Multis die profitabelste Region. Ihre Einnahmen betragen dort das Doppelte der Einnahmen in Lateinamerika und Asien zusammen. Damit sind die Investitionen im transatlantischen Wirtschaftsraum für Arbeitsplätze und Prosperität in beiden Regionen von entscheidender Bedeutung. Daran haben auch zyklischen Schwankungen sowie die jüngste Rezession, die nun gemeinsam überwunden werden muß, nichts geändert.

In der multipolaren Welt, in der wir uns befinden, ist es aber auch folgerichtig, daß die USA (sowie die EU) ihre Beziehungen zu anderen Weltregionen weiter ausbauen. Nach dem Ende des Kalten Krieges und mit dem wirtschaftlichen und politischen Aufstieg von Staaten wie Chi-

*China, Indien,
Europa und die
USA*

*USA und EU
füreinander die
wichtigsten
Auslandsmärkte*

*Gegenseitige
Investitionen und
Verflechtungen*

Multipolare Welt

¹ Diese und die folgenden Zahlen basieren auf dem Bericht „The Transatlantic Economy 2010 – Annual Survey of Jobs, Trade and Investment between the United States and Europe“, Center for Transatlantic Relations Johns Hopkins University, The Paul H. Nitze School of Advanced International Studies (SAIS), Washington 2010.

***Sinkende relative
Bedeutung***

na, Indien, Brasilien, Rußland, u.a. ist die relative politische Bedeutung Europas für die USA ohne Zweifel gesunken. Es ist aber auch die relative Bedeutung der USA in der Welt gesunken, obwohl sie bis auf weiteres die einzige Supermacht der Welt bleiben. Man sollte auch vor allem nicht die politische und wirtschaftliche Dynamik und Vitalität der USA unterschätzen.

***USA nicht
unterschätzen***

***Europa verkauft
sich unter seinem
Wert***

Ob auch die absolute politische Bedeutung Europas für die USA sinkt, hängt vor allem von Europa und insbesondere von der Europäischen Union selbst ab. Wir verkaufen uns unter unserem Wert. Wir glauben nicht an unsere einzigartige „europäische Erfolgsstory“, verniedlichen die historisch einmalige, über sechzigjährige Friedensphase des Kontinents und die Schaffung eines europäischen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Wir stellen die präzedenzlose, friedliche Wiedervereinigung Europas als selbstverständlich dar, sowie die Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Staaten in den Schoß der Union nach der Implosion des Kommunismus. Wir verschweigen den Erfolg des Euro, der sich (trotz aller Mißbräuche!) gerade in Zeiten wie diesen als Stütze und als Schutz für die Mitgliedsstaaten erwiesen hat und heute weltweit als zweite Reservewährung gehandelt wird.

***EU verniedlicht
ihre Erfolge***

***Krieg und
Bürgerkrieg auch
in Amerika***

Die EU sei ein „work in progress“ sagen wir entschuldigend. Wir übersehen, daß die USA mit viel weniger geschichtlichem Ballast und mit viel mehr kriegerischen Auseinandersetzungen nach Erreichung ihrer Unabhängigkeit bis zur territorialen Vervollständigung ihres Landes etwa 70 Jahre gebraucht haben (nach Krieg mit Mexiko: 1845 Einverleibung von Texas und New Mexico und 1848 Kalifornien), vom folgenden Bürgerkrieg ganz zu schweigen. Wir brauchen also diesbezüglich wirklich keine Minderwertigkeitskomplexe entwickeln.

***USA wissen,
was sie wollen***

Die USA haben uns jedoch eines voraus: Sie wissen, was sie wollen! Der Amerikaner wächst mit einer Wettbewerbsmentalität, in einem „competitive environment“ auf, von der Schule bis zum Arbeitsplatz. Er hat gelernt, sich darzustellen und zu kämpfen. Auch für den amerikanischen Staat galt und gilt das „enlightened selfinterest“ als Maxime des Handelns, die USA verfolgen in ihrer internationalen Politik (und damit in ihren Beziehungen zu anderen Staaten) einen utilitaristischen, zielgerichteten Ansatz zur Durchsetzung ihrer Interessen. Die USA bestimmen die Agenda; Gespräche und Verhandlungen dienen dem Erreichen eines

***US-Interessen-
politik***

klar definierten Zieles. Es wird höflich, geschickt, und vor allem hart verhandelt. Natürlich auf Englisch, womit sie bereits einen verhandlungstechnischen Vorteil haben. Freunde werden nach Maßgabe der Unterstützung amerikanischer Interessen definiert und bleiben es, solange sie sich gemäß amerikanischem Interesse verhalten. Die USA erwarten bei Verhandlungen konkrete Ergebnisse.

Vorteil Englisch

Die USA nehmen ihre weltpolitische Verantwortung ernst und sind bereit, zur Erreichung ihrer Ziele Opfer zu bringen, auch wenn amerikanischer Messianismus und Weltverbesserungsdrang oft danach strebt, andere zu verbessern und geflissentlich die eigenen Schwachstellen übersieht, wie etwa die fortdauernde Verhängung von Todesstrafen, die Mißachtung von Menschenrechten, sowie ein aufgrund eines quasi permanenten Wahlkampfes und dem damit verbundenen Geldbedarf bedenklich korruptionsanfälliges politisches System. Auch kommen „Frontier mentality“ aus dem 19. Jahrhundert und weit verbreiteter „american exceptionalism“ gerade in Europa nicht gut an.

US-Messianismus

USA: Übersehen eigener Schwächen

Was die USA möglicherweise zuviel nach außen operieren (etwa auch mit extra-territorialer Anwendung von US-Gesetzen), tun wir in Europa zu wenig. Europa ist vor allem mit sich selbst beschäftigt (so hat es zumindest den Anschein). Wir streiten uns in Brüssel nach wie vor über Strukturen, Prozeduren, und Kompetenzen. Dies sollte sich, nach dem erfolgten Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon, in den nächsten Jahren zum Bessern wenden. Bedauerlicher ist, daß wir als Kollektiv nicht bereit sind, für unsere Ziele Opfer zu bringen.

Europa bringt keine Opfer

70 % der Amerikaner besitzen keinen Paß. Trotz der Weltmachtstellung ihres Landes sind sie an der Welt nicht sonderlich interessiert, um es freundlich zu formulieren. Das gilt auch für ihre Repräsentanten im US Congress, die sich (im Gegensatz zur Administration) hauptsächlich mit innenpolitischen Problemen beschäftigen und sich beispielsweise ein Jahr lang bei der dringend notwendigen Reform des Gesundheitswesens gegenseitig blockierten. Der Präsident kann sich bei der Durchsetzung seiner Gesetzesvorhaben der Unterstützung der demokratischen Abgeordneten und Senatoren nicht sicher sein, geschweige denn der republikanischen. Zu sehr sind die Abgeordneten des Repräsentantenhauses von ihren Wahlkreisen abhängig, denen sie sich alle zwei Jahre (!) zur Wahl stellen müssen. Trotz Widerstands der Administration haben etwa kürzlich die Ab-

70 Prozent der US-Amerikaner ohne Pass

Amerika ist innenorientiert

Die Armenien-Resolution

geordneten im außenpolitischen Ausschuß des Repräsentantenhauses eine „Armenien-Völkermord-Resolution“ verabschiedet, was zu einer spürbaren Verstimmung mit dem wichtigen NATO-Partner Türkei geführt hat.

Viele nicht ratifizierte Verträge

Die unabhängige Haltung der Abgeordneten führt aber auch oft zu Schwierigkeiten bei der Ratifikation von unterzeichneten Abkommen. In Europa verfügen die Regierungsparteien in der Regel über eine Mehrheit im Parlament, und aufgrund der ausgeprägten Parteienlandschaft stellen sich die Abgeordneten einer Ratifizierung von unterschriebenen Verträgen nicht entgegen. Das ist in den USA auch bei einer parlamentarischen Mehrheit des Präsidenten im Kongress noch lange nicht ausgemachte Sache. Die Liste der unterzeichneten, letztlich aber nicht ratifizierten Verträge enthält zahlreiche Abkommen und reicht vom damaligen Völkerbund, der auf amerikanische Initiative hin entstanden ist (!), bis zum Nuklearteststoppvertrag und zur UN-Konvention zum Schutz der Rechte der Kinder (die USA sind das einzige Land, das nun, nach der Ratifizierung durch Somalia, nicht ratifiziert hat!), um nur einige zu nennen. Es ist dabei nicht immer klar, ob es sich um einen „politischen Lapsus“ handelt oder um ein bewußtes Doppelspiel.

Ein US-Doppelspiel?

Das Lobbysystem

Der Durchsetzung von Interessen entspricht das amerikanische politische System, das nach einem Lobby-Verfahren funktioniert: Wer gehört werden will, muss sich aktiv engagieren (auch die Administration). Dazu gehört Überzeugungsarbeit am Capitol Hill (sprich: die Beeinflussung der Abgeordneten des Repräsentantenhauses und der Senatoren) und der Medien. Aus diesen Gründen ist die Lobbyarbeit im amerikanischen Kongress auch für die Botschaften von entscheidender Bedeutung. Nicht zuletzt haben gerade die Chinesen in den letzten beiden Jahren, vielfach unbemerkt, ihr Personal an der Botschaft in diesem Bereich mit 10 Mitarbeitern vervielfacht. Gleichzeitig ist die Leitung der EU-Delegation seit Oktober verwaist (bzw. mit einem Geschäftsträger bestückt) und wird es wohl – trotz bereits erfolgter Ernennung – dem Vernehmen nach bis zum Sommer bleiben...

Diplomaten in USA: China baut aus, EU baut ab

SWIFT-Ablehnung in EU

Allerdings werden auch unsere amerikanischen Freunde lernen müssen, in Brüssel erfolgreicher zu lobbyieren, wie sich bei der jüngsten Ablehnung des bereits ausgehandelten SWIFT-Abkommens durch das Europäische Parlament gezeigt hat. Es nützt nichts und ist auch nicht gerade hilfreich, wenn in amerikanischen Medien die Ablehnung

durch das Europäische Parlament damit begründet wird, es habe sich von „schwindligen“ Datenschutzbedenken leiten lassen. Denn die EU-Parlamentarier sind im Gegensatz zu den nationalen Abgeordneten meist wirklich nur dem eigenen Gewissen (und den eigenen Interessen) verpflichtet (sie haben in der Regel nicht einmal eine „constituency“, der sie Rede und Antwort stehen müssen.).

Reden wir also aneinander vorbei? Nicht unbedingt, aber wir Europäer müssen uns besser vorbereiten: es geht um die Durchsetzung unserer Interessen. Wenn wir uns als echte Partner verstehen, ist nicht einsichtig, daß die Agenda grundsätzlich von den USA bestimmt wird. Warum sind wir etwa bei der Todesstrafe so zurückhaltend? Ist es uns wirklich gleich, daß in den USA die Anzahl der Hinrichtungen von 37 im Jahre 2008 auf 52 im Jahre 2009 gestiegen ist? Warum führen wir nicht als Antwort auf die unilaterale Einführung von ESTA für einen Besuch der USA und die damit verbundenen Gebühren eine spiegelgleiche Regelung ein? Warum verteidigen wir unsere Positionen bei der neuen Finanzarchitektur nur zögerlich? Wie steht es mit der effektiven Vertretung europäischer Positionen, die ohnedies oft nur den kleinsten gemeinsamen Nenner darstellen? Es muß nicht sein, daß sich die EU durch mangelndes Selbstbewusstsein selbst schwächt und sich einzelne Mitgliedsstaaten durch Unterwerfungsgesten oder in der Illusion vermeintlicher Sonderbeziehungen an die USA anbieten.

Die weltweite Durchsetzung amerikanischer politischer und wirtschaftlicher Ziele wird nicht zuletzt aufgrund militärischer Stärke verfolgt. Die USA projizieren einerseits Macht in die internationalen Beziehungen, fühlen sich aber auch von außen bedroht. Angesichts der geographischen Lage des Landes zwischen zwei Ozeanen und den nicht gerade feindlich gesinnten Staaten Kanada und Mexiko ist letzteres für den europäischen Beobachter überraschend: In den letzten hundert Jahren wurden die USA zweimal auf ihrem Territorium angegriffen, wobei in beiden Fällen die hochgerüstete US-Abwehr versagt hat: 1941 auf Pearl Harbour durch Japan und am 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington von mehrheitlich saudi-arabischen Terroristen. Auf diese Attacke erfolgte übrigens die erstmalige Anrufung des Beistandsartikels 5 des NATO-Vertrages. Seither hat sich der Krieg gegen den Terrorismus in den Köpfen der verunsicherten, angespannten Bevölkerung festgemacht.

**Rolle des
EU-Parlaments**

**Warum tritt
Europa nicht
selbstbewusster
auf?**

**Die EU schwächt
sich selbst**

**USA fühlen sich
bedroht**

**Pearl Harbour
und 9/11**

**NATO-
Beistandsartikel**

***Krieg gegen
den Terror***

Offen bleibt jedoch nach wie vor die Frage nach einer effizienten Strategie in einem asymmetrischen Krieg, der auf der Gegenseite nicht von einer Armee sondern von bestens vernetzten Individuen, Gruppen und Organisationen ohne Rücksicht auf eigene Verluste und ohne moralische Wertmaßstäbe geführt wird².

***Ministerium für
Heimatschutz***

Das Pendant der nach außen gerichteten militärischen Macht ist auf US-Territorium das 2003 im Gefolge von „9/11“ errichtete Department of Homeland Security (Heimatschutzministerium)³. Es fast zahlreiche bereits vorher bestandene Behörden zusammen, ist innerhalb von 7 Jahren von 180.000 auf 230.000 Mitarbeiter angewachsen und verfügt über ein Budget von 53 Mrd. \$ (2009). Nach dem Pentagon und dem Kriegsveteranenministerium ist es die drittgrößte Bundesbehörde und das einzige Ministerium, das auch in Rezessionszeiten weiter wächst. „Die alles überragende und dringliche Mission des DHS ist es, die vereinten, nationalen Anstrengungen anzuführen, um die Sicherheit des Landes zu gewährleisten und seine Freiheiten zu bewahren.“⁴: Mit umfassenden Präventionsmaßnahmen sollen terroristische Aktivitäten entdeckt und verhindert werden, damit geht praktisch eine „Kontinuierung des Ausnahmezustandes“ einher. Die Bevölkerung reagiert überraschend apathisch bis zustimmend auf die damit verbundene Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten, Widerstand gegen das autoritäre Verhalten etwa der Polizei ist verpönt (und gefährlich). Ausländer erfahren die Übermacht der Exekutive bereits bei der Einreise mit rigoroser Überprüfung und sofortiger Rücksendung bei Verdachtsmomenten betreffend eine illegale Einreise, ohne Rücksicht auf ein ausgestelltes US-Visum.

***USA: Übermacht
der Exekutive***

***Seit 10 Jahren
Kriege***

Die USA befinden sich nunmehr seit 10 Jahren im Krieg, der – neben den oben erwähnten Präventivmaßnahmen im Inland – gemäß der amerikanischen Vorwärtsverteidigungsstrategie im Ausland geführt wird. Die amerikanischen Militärausgaben betragen im Jahr 2009 rund 700 Mrd. \$ (allein die zusätzlichen Kosten für 2010 für den erhöhten Afghanistan-Einsatz belaufen sich auf etwa 30 Mrd. \$), sie

2 Chairman of the Joint Chiefs of Staff, Admiral Mike Mullen über den Krieg in Afghanistan: “type of war, where the objective is not the enemy’s defeat, but the people’s success.” (zitiert in Washington Post, März 2010)

3 “The Department was created to secure our country against those who seek to disrupt the American way of life”: Department of Homeland Security, Internet: “Strategic Plan — One Team, One Mission, Securing Our Homeland”.

4 Department of Homeland Security, Internet: “Strategic Plan — One Team, One Mission, Securing Our Homeland”.

stellen etwa 17% des Budgets dar, ihr Anteil am BSP beläuft sich auf 4,8% (womit die USA weltweit die 2. Stelle hinter Saudi-Arabien einnimmt). Dazu müssen noch die beträchtlichen indirekten Auswirkungen auf die zivile Wirtschaft hinzugerechnet werden. 2008 waren die USA für rund 41% der globalen Militärausgaben verantwortlich, für 2009 dürfte der Prozentsatz ähnlich hoch oder höher liegen.

Im militärischen Bereich operieren die USA und Europa trotz gemeinsamer Anstrengungen in Afghanistan nicht auf derselben Wellenlänge. US Secretary of Defense Gates hat auch folgerichtig in einer Ansprache vor der National Defense University im Februar d.J. darauf hingewiesen, daß die Verteidigungsbudgets in Europa seit dem 2. Weltkrieg laufend gefallen sind. Während die Befriedung Europas nach jahrhundertelangen Bruderkriegen einer der Triumphe des letzten Jahrhunderts gewesen sei, „entwickle sich nunmehr die Demilitarisierung des Kontinents von einer Wohltat im 20. Jahrhundert zu einem Hindernis zur Erreichung wahrer Sicherheit und dauernden Friedens im 21. Jahrhundert.“ Die Verbündeten tun sich schwer, den amerikanischen Aufforderungen nach Aufstockung ihrer Truppen im gewünschten Ausmaß zu entsprechen, weil in den europäischen Gesellschaften die Akzeptanz des Krieges als Konfliktlösungsmittel – for better or worse – rasant abgenommen hat.

Das amerikanische Militär stellt hingegen – neben seiner außenpolitischen Bedeutung – in der amerikanischen Gesellschaft und vor allem in der amerikanischen Wirtschaft einen entscheidenden Faktor dar. Sein hoher Stellenwert in der Gesellschaft ergibt sich nicht nur aus dem anerzogenen und bei jeder Gelegenheit zur Schau getragenen Patriotismus oder gar Nationalismus. Das gesellschaftliche Ansehen der Militärs wird durch offizielle Anerkennungen und eine Gedächtniskultur der zahlreichen Kriege und ihrer Helden gefördert und gefestigt. Einige ausländische Beobachter vermeinen sogar einen Hang zur Kriegsobsession amerikanischer politischer Eliten feststellen zu können – einen Mitteleuropäer im „post-heroischen Zeitalter“ (© Sloterdijk) erinnert dies an das 19. Jahrhundert.

Unübersehbar sind aber vor allem die zahlreichen materiellen Vorteile, die ganzen Gesellschaftsschichten direkt oder indirekt aus ihrer Beziehung zum Militär erwachsen: Aufträge an die militärisch-zivile Industrie schaffen Arbeitsplätze, vom Militär finanzierte oder vorfinanzierte Ausbildungsmöglichkeiten verhelfen zu Bildung, bevorzugte Be-

17 Prozent des Budgets für die Armee

41 % der Welt-Militärausgaben

USA rüsten auf, EU rüstet ab

Kriegsakzeptanz in Europa sinkt

USA: Armee, Patriotismus, Nationalismus

Peter Sloterdijk

USA im 19. Jahrhundert?

Dominanz des Militärs

handlung bei Wohnungsbeschaffung verhelfen zu Stabilität, Prosperität und Wohlstand, die medizinische Versorgung ist nahezu vorbildlich.

**Militärische
Beziehungen
bestimmen
Außenpolitik**

Unter diesen Voraussetzungen erscheint es nicht verwunderlich, daß das Kernstück der außenpolitischen Beziehungen der USA aus US-Sicht die militärischen Beziehungen sind. Hier trennt sich für sie die Spreu vom Weizen. Im Verhältnis der USA zu Europa war und ist die NATO („indispensable but not sufficient“) bestimmend: zunächst Schutz West-Europas vor kommunistischer Expansion („Sicherheit für Solidarität“), dann US-Rolle bei der Überwindung der Spaltung Europas (Implosion der UdSSR; Niederlage des Kommunismus in Mittel- und Osteuropa; deutsche Wiedervereinigung). Daneben ist die militärische Zusammenarbeit im Rahmen der Allianz auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor in Europa.

**Neuorientierung
der NATO**

Daraus ergibt sich, daß eine Neuorientierung der NATO für Europa genauso wichtig ist wie für die USA. Aber gerade deswegen werden die USA und Europa auch in Zukunft Partner bleiben. Und es gibt für Amerika keinen anderen gewichtigen Partner auf der Welt, mit dem es grundlegende Werte teilt, und der auch die Mittel hat, diese zu verteidigen. Daß Europa den Willen dazu entwickelt, liegt an der eigenen Überzeugung sowie an der Überzeugungskraft der amerikanischen Freunde.

**Wertegemeinschaft
Europa – USA**

Neben einigen wenigen anderen Staaten sind es eben vor allem die Europäer, die sich wie die USA auf die christlich/jüdische Tradition berufen und humanistische Werte vertreten, die wie die USA Freiheit, Demokratie und Menschenrechte propagieren. Auf beiden Seiten des Atlantiks beruht die Gesellschaft auf einer zumindest ähnlichen Geisteshaltung. Seit Jahrhunderten findet ein lebendiger und unglaublich vielschichtiger geistes- und ideengeschichtlicher Dialog zwischen Europa und den USA statt, der so mit keiner anderen Region der Welt durchgeführt wird, vom permanenten Kulturaustausch (Museen, Hochkultur, U-Kultur, Film) ganz zu schweigen. Amerika stand an der Wiege des modernen Europas: der kriegsentscheidende Eintritt der USA in den 2. Weltkrieg und die damit verbundenen Beendigung des Krieges und der Naziherrschaft sollten nicht vergessen werden. Im Gefolge des Krieges fand die „Coca-Colonisation“⁵ Europas („American Way of Life“)

Kulturaustausch

„Coca-Colonisation“ Europas

⁵ Wagnleitner, Reinhold, „Coca-Colonisation und Kalter Krieg“, Verlag für Gesellschaftskritik, Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Band 52, Wien, 1991

statt, die heute ein Faktum ist. Der Aufbau der internationalen Finanzarchitektur erfolgte gemeinsam durch die USA und Europa und die notwendige Adaptierung des Systems wird heute wieder unter Führung dieser Staaten vorangetrieben.

Wir verfügen über ein vielschichtiges, gewachsenes, bilaterales und regionales Beziehungsgeflecht mit den USA. Die engen Beziehungen umfassen den gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus (diplomatische, nachrichtendienstliche, finanzpolitische Zusammenarbeit) sei es in Afghanistan, Pakistan oder sonst wo, gemeinsame Anstrengungen zur Denuklearisierung Nordkoreas und zur Verhinderung der atomaren Aufrüstung des Iran, eine enge Kooperation in OECD, OSZE, und anderen internationalen Organisationen, den Kampf gegen Piraterie, eine Zusammenarbeit bei der Förderung des freien Handels (WTO) und der Sicherheit von Auslands-Investitionen, den Schutz des geistigen Eigentums, gemeinsame Unterstützung beim Aufbau und Förderung von Demokratie und staatlichen Institutionen vom Balkan über Zentralasien bis nach Südamerika, gemeinsame und komplementäre Entwicklungszusammenarbeit (über 80% der weltweiten Entwicklungszusammenarbeit werden von EU und USA geleistet!), um nur einige Bereiche zu nennen. Wir sind beide interessiert an einer friedlichen und gerechten Lösung des Nahostproblems und an Erfolgen der zahlreichen UN-Missionen am Balkan, in Afrika und gerade jetzt wieder in Haiti. Wir haben ein vergleichbares konzeptuelles Verständnis von Menschenrechten, sowie eine beiderseitige grundsätzliche Akzeptanz des Völkerrechts (trotz amerikanischer Neigung zu selektiver Handhabung). Die Zusammenarbeit in all diesen Bereichen und Institutionen (und vielen anderen mehr) erscheint so selbstverständlich und funktioniert in der Regel so klaglos, daß darüber in den Medien nichts erscheint. So sind aber der Nachweis der gemeinsamen Interessen Europas und der USA.

Der Einfluß der USA auf Europa ist beträchtlich, aber auch umgekehrt bestehen durchaus Einflußmöglichkeiten. Auf europäischer Seite gibt es daher keinen Grund, gegenüber den USA Minderwertigkeitskomplexe zu pflegen. Durch selbstbewusstes und koordiniertes Auftreten gegenüber der interessengeleiteten US-Außenpolitik können Einbahnstraßen vermieden werden. Gerade angesichts der zunehmenden Globalisierung, des Erstarkens der Schwellenlän-

*Dichtes
Beziehungsgeflecht
USA – Europa*

*Eine Agenda der
Kooperation*

*Gemeinsame
Interessen*

*Europa: Bitte keine
Minderwertigkeits-
komplexe!*

***Gelassenheit,
Zielgerichtetheit,
Selbstvertrauen***

der und unseres damit verbundenen weltweit schrumpfenden Einflusses sind wir zu einer verstärkten transatlantischen Partnerschaft geradezu „verdammte“, wollen wir unsere Interessen verteidigen und unsere Werte verbreiten, von denen wir behaupten, sie seien universell.

Ich plädiere daher für mehr Gelassenheit, aber auch mehr Zielgerichtetheit im Umgang mit den USA, aber vor allem für mehr Selbstvertrauen der Europäer.